

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift
Tageblatt Riesa.
Numm. Nr. 20.
Vorjahr Nr. 52.

Postleitzahl:
Dresden 1580.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche bestimmt Blatt.

Nr. 189.

Sonnabend, 16. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 14 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzerrungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Ansprüche für die Dauer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr morgens einzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Bezugspreis für bewilligte Rabatt reicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontrolle gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttagiger Unterhaltungsbeitrag: Geschäftsführer an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes des Druckerei, der Dienststellen oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Sicherung oder Abschaffung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Heinrich Ohlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Der Kampf um die Regierung.

Herr Hermann Müller hat sich, als er den Auftrag vom Reichspräsidenten erhielt, die Aufgabe, in möglichst kürzerer Zeit eine tragfähige Regierung zu bilden, entschieden leichter vorgestellt, als die Praxis es lebte. Seit mehr denn drei Tagen beschäftigt sich nun der Außenkreis der Sozialdemokratie, und zwar bis jetzt vergeblich, damit, die so einfache und praktische Lösung des Wahlgefechts Wirklichkeit werden zu lassen. Wenn man sich die Schwierigkeiten vor Augen führt, denen Hermann Müller auf Schritt und Tritt begegnen musste, so wird man bei Abrechnung der nebenstehenden Regierungsverschwendungen doch immer wieder zu der Erkenntnis gebracht, dass sich innerhalb der Fraktionen, die für die Bildung der Großen Koalition in Frage kommen, schwer fachliche Gegensätze befinden, die auch durch ein noch so vorläufiges Kompromiss kaum aus dem Weg geräumt werden können. In diesem Augenblick spielt sich der Kampf um die Einigung in der Hauptstadt zwischen den Vorberatern der Deutschen Volkspartei und der Beharrlichkeit der Sozialdemokratie ab. Gewiss, die Meinungsunterschiede, die sich hier auftun, sind sehr groß. Aber betrachtet man die übrigen Fragenkomplexe, der zwischen anderen Parteien einer kommenden Großen Koalition noch zu klären ist, so wird die Entscheidung schwer fallen, wo hier die größten Hindernisse für ein gebündeltes Zusammenarbeiten der Großen Koalition zu suchen sind.

Es gibt für das Zentrum im Reiche keine wichtigere und vitale Frage als die endgültige Gestaltung des Reichstagswahlgesetzes. Auf Grund der parlamentarischen Grundlage des letzten Kabinetts Marx konnte das Zentrum es zum mindesten durchsetzen, dass der Entwurf eines solchen Gesetzes wenigstens zur Ausprache kam. Der Entwurf ist auseinandergefallen, und zwar hauptsächlich auf Grund des Verhaltens derjenigen Fraktionen, die jetzt nach dem Wunsch Hermann Müllers gemeinsam mit dem Zentrum die Große Koalition bilden sollen. Woran sich das Zentrum die selbstverständliche Sicherung stießen kann, das der Reichstagswahlgesetz einer Regierung der Großen Koalition entschieden mehr, Schönheitsfehler aufweisen wird, als der Entwurf, der im letzten Reichstag präsentiert wurde. Schritte aus dieser Tatsache lassen sich leicht ziehen.

Diese Gegenstände zwischen dem Zentrum und den übrigen Mitgliedern einer kommenden Großen Koalition lassen sich zwar im Augenblick verkleidern, da sie nicht akut sind. Ebenso besteht natürlich die Möglichkeit, die Kluft zwischen den Wünschen der Deutschen Volkspartei und den Absichten der Sozialdemokratie durch eine notwendige Kompromisslösung gängbar zu machen. Mit gewissen Formulierungen lässt sich vieles lügen, was letzten Endes keine Verpflichtung ist. Aber die Praxis des Arbeitens fordert zur gegebenen Zeit auch Entscheidungen, klare Farbe und das Bekennen zur Überzeugung. Was belagt, dass das, was heute unter dem Mantel eines Kompromisses versteckt wird, „zur gegebenen Zeit“ doch wieder in Erscheinung treten muss.

Aber trotz all dieser Erfahrungen, trotz des durch den Wahlgang am 20. Mai geschaffenen „klaren“ Bildes — es gibt für die Sozialdemokratie im Reiche keinen anderen Weg als den zur Großen Koalition. Ebenso rasch wie der Gedanke auf die Bildung der Weimarer Koalition aufkam, ebenso rasch ist er auch wieder verschwunden. Warum? Die Weimarer Koalition hat an sich im Reichstage keine Mehrheit. Da wenig Wahlergebnis dafür besteht, dass sich die Fraktion der Bayerischen Volkspartei an dieser Gruppenbildung beteiligen wird, könnte im äußersten Fall nur die sogenannte Deutsche Bauernpartei in Frage, die knappe Mehrheit für eine geplante Weimarer Koalition zu schaffen. Das wäre aber nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen. Das wäre aber nur die Übertragung einer Masse an die Bauernpartei, die die Sozialdemokratie ihr auf keinen Fall aufdiktieren möchte, nämlich die wichtige und bestimmende Rolle des „Bürgelins an der Wage“. Das Arbeiten einer solchen Weimarer Koalition wäre also nur auf die wohlbewilligte Haltung der wenigen Bauernparteien angewiesen. Dass sich die Sozialdemokratie einem solch ausschlaggebenden Druck nicht aussetzen will, ist ebenso selbstverständlich wie begreiflich.

Die Frage der Regierungsbildung im Reiche ist daher heute nicht minder kompliziert als in den Seiten, wo nach Ankunft der Sozialdemokratie die Lage noch unbestimmt war. Wer sich in den Tagen nach dem Bekanntwerden des Wahlgefechts noch keine richtige Vorstellung von der neu geschaffenen Situation machen konnte, wird sich auf Grund der äußerst komplizierten Schwierigkeiten bei der heutigen Regierungsbildung jetzt davon überzeugen können, dass ein klares Mehrheitsverhältnis trotz des angeblich so großen Erfolges der Sozialdemokratie nicht geschaffen wurde. Die Bemühungen Hermann Müllers, seinen Platzhalter in den Verhandlungen nicht gelingen zu lassen, haben sich inzwischen zu einem gordischen Knoten verdichtet. Dass er gelöst oder im Knoten zerfallen werden muss, ist selbstverständlich. So darf es auch nicht wundernehmen, wenn schon heute die Befehlsmänner der Großen Koalition nach bestarker Hand des Reichspräsidenten rufen. Ein Appell Hindenburgs an die einzelnen Parteien hat bis jetzt immer gewirkt, so gewirkt, dass man diesen Appell bereits als einiges Mittel in die Taschentücher jeder deutschen Regierungsbildung eingeschüttet hat. Es wird auch diesmal der Krise der letzten Tage, so es wieder eingeschüttet werden soll, ihr Ende geben.

Amnestieanträge im Reichstag.

Die nächste Sitzung nach Bildung der neuen Regierung.

vgl. Berlin, 15. Juni, 8 Uhr nachm.
Die heutige dritte Sitzung des neuen Reichstages stand im Zeichen der Debatte über die von den verschiedenen Parteien eingebrachten Amnestieanträge. Wenn in den beiden ersten Sitzungen, abgesehen von kaum erwähnenswerten Ausnahmen die parlamentarischen Formen gewahrt wurden, so zeigte sich bei der heutigen Ausprache die Größe der Gegenästhetik und die darin liegende Gefahr schon deutlicher. Es gelang jedoch stets dem Präsidenten, die zuweilen bedenklich hoch gehenden Wogen der Erregung schnell zu glätten.

Auf der Tagesordnung stehen die Amnestie-Anträge der Kommunisten, der Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Der kommunistische Antrag fordert Amnestie für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Ausgeschlossen sollen nur Personen sein, die sich an den Mordtaten oder Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisationen Comini-Röhrbach und der Bäuerlichen Einwohnerwehr und der Neben- und Hilfsorganisationen der vorgenannten Verbände als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Schillsen beteiligt haben.

Die Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten stimmen fast wörtlich überein. Sie wollen von der Strafrechtlichkeit Personen abschließen, die wegen Banden- oder wegen Verbrechens militärischer Geheimnisse verurteilt sind, wenn in den Urteilsgrundlagen Eigennutz oder gewünschtes Objekt festgestellt ist.

Der Deutschnationale Antrag unterscheidet sich vom nationalsozialistischen nur dadurch, dass er auch die Tötung der Gemeinde über die nach diesem Gesetz erlaubten Strafen im Strafregister verlangt.

Abg. Höltje (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag. Um den Sozialdemokraten die Möglichkeit zum Ausweichen zu nehmen, hätten die Kommunisten in ihrem ersten Antrag ausdrücklich die Gemeinde übernommen. Heute möchten die Sozialdemokraten zeigen, ob sie ihr seinem gegebenen Vorschlag halten wollen durch Annahme des kommunistischen Antrags.

Abg. Everling (Nat.) empfiehlt den Antrag der Deutschnationalen zur Annahme. Unter diesem Antrag steht das ganze nationale Deutschland (Widerstand und Unruhe links). Der Redner verweist auf die Schätzungen des Stettiner Gerichts im Klapowitz-Prozess. Daraus ergibt sich, dass von Hemmerich nicht gelöscht werden könnte, sondern dass es sich um die nationale Roteihe gegen Verbrecher gehandelt habe. Wir ist es eine Ehrenpflicht, am 16. Juni, dem Tage, an dem unser leichtregierender Kaiser . . . (große Unruhe und Sägen links). — Ein Mitglied der Sozialdemokratischen Regierung Braun, der Justizminister Dr. Becker, hat seinerzeit erklärt: Deutschland und der Kaiser sind eins! (Hört! Hört! rechts; — Lachen und Unruhe links.) Wir gedenken in Liebe und Verehrung unseres Kaisers (Handelsfaktionen rechts, Unruhe links; — Abg. Kunt (Sos.) ruft: „Fürkenknecht“ und erhält einen Ordnungsstraf).

Abg. Dr. Fried (Nat.-Sos.): Durch die Schuld der Sozialdemokraten und des bürgerlichen Schleims der Witte ist die Amnestie bisher verhindert worden (Klasse links: Da hat wohl Höllein sein Manuskript liegen lassen! — Heiterkeit). Wenn Herzog ein Mann wäre und nicht bloß eine Stromschnelle, dann hätte er längst die nationalen Männer freilassen müssen, die wegen der Unschädlichmachung von Versätern im Gefängnis sitzen. Die Gemeinde ist nur der Ausdruck des internalen Hasses gegen den Frontgeist (Zuruf links: Das sagt so ein Clapton-Hengst!).

Abg. Bandenberg (Sos.) fragt die Deutschnationalen, wie sie sich mit ihrem Amnestie-Vorwurf des deutschnationalen Ministers v. Knebel nach Verbot des Roten Frontkämpferbundes vertragen (Zurufe des Abg. Dr. Everling). — Herz Dr. Everling, Sie haben zwar den Klassiker gemacht, haben aber von Jurisprudenz eine blaue Übung (Heiterkeit links).

— Abg. Strasser (Nat.-Sos.) ruft wiederholzt „Dudenlämmel“ und wird zweimal zur Ordnung gerufen. Wir nehmen heute denselben Standpunkt ein wie im März ds. J. Wir wollen einen Streit machen unter die Straftaten und Verfolgungen aus der Inflationszeit; aber wir müssen eine Ausnahme machen mit Werd und Totschlag. Wir wollen nicht den Menschenmord als politisches Kampfmittel auslassen. Wir wollen die Amnestie auch ausdehnen auf die Straftaten, die aus sozialer Not heraus geboren wurden.

Abg. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauern): Stimmt dem nationalsozialistischen Antrag zu und erhält unter lautem Gelächter der Linken: Wir danken den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der alten Königl. Preußischen Armee, die 1919 das Vaterland gerettet haben.

Damit schließt die Amnestie.

Reichsjustizminister Herzog weist in einer verständlichen Bemerkung die Angriffe des Abg. Dr. Fried zurück und erklärt, er habe niemals entgegen der Willensmeinung des Reichspräsidenten die Ablehnung einer Begnadigung empfohlen.

Die Anträge werden hierauf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Abg. Stoeder (Komm.) ersucht den Rechtsausschuss, schon morgen zusammenzutreten.

Präsident Röbe erwidert, die Ausschlüsse könnten erst zusammengetragen werden, wenn die Fraktionen die Mitglieder benannt haben. Eine Beschleunigung sei freilich wünschenswert.

Abg. Eßer (Sitz.) begründet hierauf einen Zentrumseinsatz zur Besserung der Lage in den westlichen und östlichen Grenzgebieten die sofortige Auszahlung der im Grenzland für 1928 bereitgestellten Mittel zu veranlassen, die durch die Grenzziehung entstandenen Schäden baldig abzugelten und weitere Hilfemaßnahmen vorzubereiten.

Abg. Dr. David (Sos.) beantragt Überweisung des Antrages an den Haushaltsausschuss.

Abg. Dr. u. Dr. Rydener (Dnat.) beantragt die Vorlegung einer Regierungsgesetzesfassung im Herbst, in der die Zustände geschildert werden sollen, die sich auf der Beziehung ergeben haben.

Abg. Maßloffski (Komm.) wirft dem Zentrum wiederholt Heidecker vor und erhält zwei Ordnungsstrafen.

Staatssekretär Schmidt erklärt, von den zur Verfügung stehenden 15 Millionen sei bereits ein größerer Betrag des Staates überwiesen worden. Von der Geldseite der Bevölkerung keine Hemmung für schleunige Hilfe.

Abg. v. Rheinbaben (Dop.) beantragt die Aufstellung eines Programms zur wirtschaftlichen und kulturellen Sicherung der gefährdeten Ostmark.

Abg. Bräuer (Dnat.) begründet einen Antrag auf folgende Durchführung der Ausschlüsse des Verkehrs-Ausschusses für den Osten und Hilfe für die Überschwemmungs-Gefahren im Westen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Sos. (Dnat.), Rönnberg (Dem.), Dr. Förster (W.U.), Sandorius (A. Baner), Hödel (Komm.), Hess (Christl.-Nat.), Gerauer, Wupper, Sp., Eßer (Sitz.) werden sämtliche Anträge dem Haushaltsausschuss überreicht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Geschäftsbordnung beantragt Abg. Dr. Röbe (Dnat.), der Verkehrs-Ausschuss möge für schleunig mit dem Haushalt beschäftigen, dass der Kontrollor des Reichstags bei der Vierter Eisenbahn-Katastrophen oft zeigt habe. Den sicherlich Vermundeten ist die Annahme des Haushaltsausschusses überreicht.

Präsident Röbe spricht den Wunsch aus, dass der Verkehrsminister möglichst bald zusammenentreten möge.

Um 8 Uhr eröffnet und erhält der Präsident die Öffnungsrede, die nächste Sitzung anzuberufen, wenn die neue Regierung gebildet ist.

Der Niederschlag des Reichstags

Beschloss in seiner gestrigen ersten Sitzung die Belebung des Haushalt durch die einzelnen Parteien. Weiter ergab, dass mit Annahme der Deutschnationalen die großen Parteien Vertreter zur Interparlamentarischen Handelskonferenz in Versailles entsenden werden.

Der Rechtsausschuss des Reichstags

wird sich abends konstituieren und die Amnestie-Anträge beraten. Noch vor der Sommerpause soll auch ein Arbeitsprogramm für die Fortführung der Verhandlungen über die Strafrechtsreform, die im Herbst erfolgen soll, aufgestellt werden.

Sozialdemokratische Anfrage zur Phosgen-Katastrophe.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, die unter Bezugnahme auf die Phosgen-Explosion auf der Insel Peute bei Hamburg die Reichsregierung fragt, welche Art von Giftstoffen in Harburg-Wilhelmsburg gelagert waren oder sind, aus welchen Beständen sie stammten und für welche Zwecke sie bestimmt sind. Derner soll die Regierung erklären, ob an anderen Orten des Reiches Stoffe ähnlicher Art lagern und wie Katastrophen wie die in Harburg-Wilhelmsburg unter allen Umständen verhindert werden können. Schließlich wird eine Neukennung darüber gewünscht, welche Maßnahmen zur Entschädigung der von der Hamburger Katastrophe Betroffenen durchgeführt wurden.

Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Berlin. (Funkspur.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins B.D.Z. erläutert, einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe eingebracht. Der beantragte Gesetzentwurf lautet:

1. Die Todesstrafe ist abgeschafft.

2. In den Fällen, in denen das Gesetz Todesstrafe androht, tritt an ihre Stelle lebenslängliche Haftstrafe.

3. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Von der Demokratischen Fraktion liegt ebenfalls ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe vor.

Umzüge
unter Garantie!

August Schneider, Bahnhofstraße 23, Telefon 12

Möbellagerung
sachgemäß!